

ALSTOM: UNSERE CHANCE RESISTANCE!

Alstom steht offensichtlich vor der Zerschlagung. Der Hauptaktionär und Multimilliardär Martin Bouygues will sich von Alstom trennen.

Der Konzern und seine einzelnen Bestandteile sollen meistbietend verkauft werden. Bouygues will seine Macht im Telekom-Bereich ausbauen. Dazu braucht er etwa 15 Milliarden Euro.

Pest oder Cholera?

Bisher haben sich General Electric und Siemens als Bieter für Alstom bzw. einzelne Konzernbereiche gemeldet. Für die Beschäftigten ist das die Wahl zwischen Pest oder Cholera. Die Beschäftigten sollen die Zeche für die neuen Konzernherren zahlen.

Belegschaft, Vertrauenskörper und Betriebsrat von Alstom müssen sich auf einen langen und harten Verteidigungskampf einstellen.

Die Arbeitsplätze bei Alstom - ob in Mannheim oder anderswo - dürfen nicht der Profitmaximierung zum Opfer fallen. Die Geschäftsfelder von Alstom haben eine grundlegende und langfristige Bedeutung.

Gesellschaftlichen Bedarf an Energieerzeugung, Energieübertragung und Schienenverkehr wird es solange geben, wie industriell produziert wird.

Arbeit oder Profite?

Sind unsere Arbeitsplätze nicht wichtiger als die Profitinteressen? Ist es nicht an der Zeit, eine langfristige Existenzsicherung für uns Beschäftigte durchzusetzen?

Oder gibt es in der Bundesrepublik ein neues Grundgesetz, dessen erster und einziger Artikel lautet: Permanente Profitmaximierung hat Vorrang vor allem anderen? Natürlich nicht.

Dafür gibt es den Artikel 14 Grundgesetz: "Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Allgemeinwohl dienen... Eine Enteignung ist... zum Wohle der Allgemeinheit zulässig."

Wir müssen deshalb mit unserer IG Metall Druck machen, damit unsere Rechte endlich ernst genommen werden. Nicht nur von der Wirtschaft, sondern auch von gutbezahlten BerufspolitikerInnen!

Staatlicher Schutzschirm

Staat und Politik haben, ohne mit der Wimper zu zucken, zum Beispiel im Oktober 2008 einen 480 Milliarden Euro schweren Schutzschirm für die Zocker des Finanzsektors beschlossen.

Warum sollte es also ein Problem sein, industrielle Fähigkeiten und Arbeitsplätze zu erhalten?

Wir sollten deshalb einen staatlichen Schutzschirm für uns fordern.

Er muss nur an zwei einfache Bedingungen geknüpft sein:

- 1. Langfristige und verbindliche Garantie aller Arbeits- und Ausbildungsplätze und**
- 2. Ausbau der Kontroll- und Vetorechte der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen!**

Unsere Alternativen

Es gibt Alternativen zu dem Zerschlagungskurs von Bouygues:

- 1. Bouygues und Konzernleitung zur Verantwortung ziehen.**
- 2. Staatlicher Schutzschirm für unsere Arbeitsplätze.**
- 3. Durchsetzen eines Verbots von Entlassungen.**
- 4. Personelle und fachliche Zukunftssicherung unserer Betriebe.**
- 5. Ausbau der Standorte zu Kompetenzzentren für die Energiewende.**
- 6. Kontroll- und Vetorechte für uns und unsere Betriebsräte.**

Nur unser gemeinsamer Kampf wird etwas in diesem Sinne ändern.

Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite!

RSB - Revolutionär Sozialistischer Bund / IV. Internationale

Postfach 102610, 68026 MA, Tel./Fax: 0621/1564046, Email: rhein-neckar@rsb4.de

www.rsb4.de